

W: Kritische Wissenschaft & Forschungspolitik

Antrag W1_19/2

1 **Antragssteller*in:** Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **W1_19/2 Wissenschaftsfreiheit verteidigen! Für** 4 **eine offene und demokratische Wissenschaft**

5 Aktuell sind weltweit Tendenzen zu beobachten, dass die Wissenschaftsfreiheit keine
6 Selbstverständlichkeit mehr ist und in vielen autoritären Regimen massiv angegriffen wird. Unabhängige
7 Wissenschaftler*innen werden zunehmend politisch verfolgt und bedroht, sie erhalten Berufsverbote
8 und Haftstrafen. Viele sehen sich gezwungen, ihren Hochschulstandort zu verlassen und Schutz in
9 anderen Ländern zu suchen. Die Arbeit von Wissenschaftler*innen wird international durch
10 Kriminalisierung aus politischen, wirtschaftlichen, religiösen oder ideologischen Gründen verhindert. Die
11 Darstellung von Fakten und wissenschaftlichen Methoden sowie die auf dieser Basis erzielten
12 Ergebnisse werden vermehrt in Frage gestellt. Die Wissenschaft wird gerade auch akut von
13 rechtsnationalistischer Seite bedroht. Verschwörungstheoretiker*innen und Rechtsnationale leugnen
14 den Klimawandel, verbreiten Fake News und greifen einzelne Fachrichtungen, allen voran Frauen- und
15 Geschlechterforschung, offen an. Nicht nur Angriffe von Rechts machen der Wissenschaft zu schaffen,
16 sondern die immer weiter schreitende Ökonomisierung und Finanzierungsschwierigkeiten der
17 Hochschulen – diese sind seit Jahren unterfinanziert und somit von Drittmittelgeber*innen abhängig.
18 Als Juso-Hochschulgruppen ist es uns ein Anliegen, die zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit
19 grundlegend zu analysieren und die Freiheit der Wissenschaft, als eines der wichtigsten Grundrechte,
20 zu verteidigen und nicht zuletzt die Abhängigkeit der Wissenschaft von ökonomischen Zwängen zu
21 kritisieren und gleichzeitig aber auch die politische Verantwortung der Hochschulen und somit auch der
22 Wissenschaft zu betonen.

23 **Was ist die Freiheit der Wissenschaft?**

24 Wissenschaft dient der Suche nach Erkenntnis und Wahrheit – sie hinterfragt bereits Bestehendes,
25 gewinnt häufig neue Erkenntnisse und eröffnet neue Wege. Die Wissenschaftsfreiheit ist neben der
26 Pressefreiheit und der Kunstfreiheit im Grundgesetz, in der Grundrechtecharta der Europäischen Union,
27 der Europäischen Menschenrechtskonvention und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale
28 und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen verankert. Wissenschaftsfreiheit stellt ein Abwehrrecht dar
29 und soll davor schützen, dass wissenschaftliches Erkenntnistreben durch politisches oder staatliches
30 Handeln eingeschränkt wird. Gleichzeitig begründet sie auch eine Leistungspflicht des Staates. Nur
31 durch eine gut ausgebaute und ausfinanzierte Hochschullandschaft kann wissenschaftliche Arbeit und
32 Forschung gelingen. Sie genießt somit in Art. 5 Abs. 3 GG Verfassungsrang und ist sowohl als
33 individuelles Grundrecht, als auch als institutionelles Freiheitsrecht zu schützen.

34 Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit können direkt oder indirekt Wirkung entfalten. Direkte Eingriffe
35 sind beispielweise Forschungsverbote, indirekte sind Genehmigungsverfahren für Forschungsprojekte.
36 Freiheit der Wissenschaft bedeutet, dass Menschen selbst entscheiden können, in welchen Bereichen
37 und zu welchen Fragestellungen sie forschen. Dabei sind gesellschaftliche und ethische Leitlinien zu
38 berücksichtigen. Wissenschaft existiert jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern nimmt die
39 gesellschaftlichen Anforderungen an die Generierung von Wissen wahr und stellt die Erkenntnisse der

40 Öffentlichkeit zur Verfügung. Wissenschaft hat Verantwortung und eine freie Wissenschaft muss nicht
41 zwingend neutral sein. Wissenschaft ist immer Dialog über Idee und Wahrheit und damit zwangsläufig
42 politisch. Selbstverständlich darf sich eine kritische Wissenschaft aber nicht politischen Institutionen
43 unterwerfen, sondern ist allein der Erforschung gesellschaftlicher Fragestellungen und dem Streben
44 nach Wahrheit verpflichtet. Freie Wissenschaft ist ein Raum, in dem multiperspektivischer Dialog
45 stattfinden kann und muss. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, Forschungseinrichtungen
46 abzulehnen, wenn diese beispielsweise menschen- oder demokratiefeindlich sind.

47 **Historische Bedeutung von Wissenschaftsfreiheit**

48 Bei der Ausgestaltung des Grundgesetzes Ende der 1940er Jahre waren mit dieser
49 verfassungsrechtlichen Garantie Lehren aus der nationalsozialistischen Diktatur gezogen worden, in der
50 die Wissenschaft zum Werkzeug einer menschenfeindlichen Politik missbraucht worden war. 1933
51 folgte die Gleichschaltung der Universitäten, die von nun an die NSDAP-Ideologie umzusetzen hatten.
52 Jüdische und politisch andersdenkende Wissenschaftler*innen wurden entlassen oder aus ihrem Amt
53 vertrieben; die Verbleibenden mussten die wissenschaftliche Unabhängigkeit aufgeben. Der
54 Nationalsozialismus hat die Wissenschaft für sich genutzt: Einerseits geht der Begriff der sozialen
55 Öffnung der Hochschulen auf nationalsozialistische Rhetorik zurück und steht für die Zurückeroberung
56 elitärer Räume durch die angestammte Bevölkerung. Andererseits wurde die Wissenschaft in Folge der
57 vielerorts freiwilligen Anpassung vollständig dem Dienst der Nazi-Ideologie unterworfen und gilt als
58 wichtiger Baustein der Entdemokratisierung. Es folgte eine erhebliche Emigrationswelle; tausende
59 Wissenschaftler*innen verließen in den 1930er-Jahren Deutschland, um ihrer politischen Verfolgung
60 und drohenden Ermordung zu entgehen. In den aufnehmenden Ländern, vielfach in den USA und
61 Großbritannien, aber auch in der Türkei, fanden sie Schutz und Unterstützung und oftmals auch
62 Arbeitsmöglichkeiten an Hochschulen. Vor diesem Hintergrund haben insbesondere Hochschulen in der
63 Bundesrepublik aufgrund der historischen Verantwortung eine Verpflichtung, geflüchteten
64 Wissenschaftler*innen Sicherheit und Unterstützung zu bieten und sich einer umfassenden
65 gesellschaftlichen Aufarbeitung auf allen Ebenen zu verpflichten.

66 **Angriffe von Rechtsnationalist*innen und Internationalisierung**

67 Wissenschaft ist und war nie eine nationale Angelegenheit und erfolgt aktuell immer mehr in
68 internationalen Netzwerken. Über 100.000 Studierende aus Deutschland studieren pro Jahr im Ausland,
69 der Anteil der in Deutschland arbeitenden Wissenschaftler*innen mit Herkunft aus dem Ausland liegt
70 inzwischen deutlich über 10 Prozent. In anderen Ländern, beispielsweise den USA liegt der Anteil bei
71 fast 40 Prozent. Mehr als 60 Prozent der Forscher*innen in Deutschland waren in den letzten Jahren
72 international tätig und knapp die Hälfte aller Veröffentlichungen entsteht mittlerweile in internationaler
73 Zusammenarbeit. Die Internationalisierung der Wissenschaft ist eine große Errungenschaft der letzten
74 Jahre und muss auch auf internationaler Ebene verteidigt werden. In der Türkei, wo mehr als 7.000
75 Hochschulangestellte entlassen wurden und verfolgt werden. Polens Regierung fördert nationalistische
76 Wissenschaftsdisziplinen und in Ungarn wurde die Schließung der Central European University, einer der
77 internationalsten Universitäten Europas, veranlasst. Die AfD präsentiert sich immer wieder als Partei
78 eines Anti-Intellektualismus, der nicht zuletzt in Wissenschaftsfeindlichkeit mündet und ist beispielhaft
79 für den verschwörerischen Anti-Intellektualismus der Neuen Rechten. Insbesondere die Infragestellung
80 von wissenschaftlichen Erkenntnissen, durch pseudowissenschaftliche Theorien bedroht die Freiheit
81 der Wissenschaft und ihre Glaubwürdigkeit massiv. Auch in den USA zeigt sich seit der Amtseinssetzung
82 von Donald Trump ein wissenschaftsfeindlicher Populismus. Sowohl auf europäischer Ebene, als auch
83 international setzen wir uns dafür ein, dass Studierendenschaften, Wissenschaft und Lehre kritisch
84 bleiben und dem wachsenden Anti-Intellektualismus sowie den Angriffen von Rechtsnationalist*innen
85 der Kampf angesagt wird.

86 **Ökonomisierung der Wissenschaftslandschaft**

87 Die Ökonomisierung der Wissenschaftslandschaft schreitet stetig voran. Dies steht im direkten
88 Widerspruch zur eigentlichen Wissenschaftsfreiheit, da finanzielle Abhängigkeit eine freie Wissenschaft
89 einschränkt. Die Autonomie der Hochschulen ist folglich nie eine Autonomie im Sinne einer
90 Unabhängigkeit gewesen, sondern bedeutet vor allem den Kampf um Finanzierungsquellen, da die
91 Grundfinanzierung der Hochschulen nicht ausreicht und somit freie Wissenschaft wirtschaftlichen
92 Effizienzgedanken unterworfen werden. Drittmittel nehmen immer noch einen großen Teil der
93 Finanzierung ein - Forschung und Lehre müssen kritisch und frei sein und das geht nur mit einer
94 ausreichenden Hochschulfinanzierung, unabhängig von Drittmitteln. Als Juso-Hochschulgruppen
95 stellen wir uns seit Jahren gegen den vorherrschenden Neoliberalismus innerhalb der Bildungspolitik
96 und werden dies auch in Zukunft tun.

97 **Unsere Forderungen und Schlussfolgerungen:**

- 98 • Wissenschaft bedeutet für uns die Suche nach Erkenntnis und Wahrheit und ist einer der
99 Grundsteine einer demokratischen, aufgeklärten Gesellschaft.
- 100 • Wissenschaft ist eng verbunden mit Meinungsfreiheit und einer demokratischen
101 Diskussionskultur und damit von zentraler Bedeutung für die Demokratie weltweit.
- 102 • Wissenschaft soll Menschen zu kritischen Individuen erziehen und Verantwortung in einer
103 demokratischen Gesellschaft übernehmen
- 104 • Konkurrenzdruck, Ökonomisierung und Abhängigkeit von Finanzmitteln behindern innovative
105 Forschung und Wissenschaft - Forschung muss frei von ökonomischer Abhängigkeit und Druck
106 stattfinden
- 107 • Mobilität und freier Austausch sind Grundlage für eine freie Wissenschaft auf globaler Ebene.
- 108 • Die Wissenschaft in Deutschland muss sich verpflichten, auch Schutz und Perspektiven für
109 gefährdete Wissenschaftler*innen aus aller Welt zu bieten.
- 110 • Wir kämpfen für ein neues Wissenschaftsideal, das seine demokratiebildende Verantwortung
111 anerkennt und sich als politisch versteht.
- 112 • Für eine freie und kritische Wissenschaft, die sich frei von Finanzierungszwängen im
113 gesellschaftlichen Diskurs verorten kann.
- 114 • Wir stellen uns gegen wissenschaftsfeindliche und somit auch verschwörungstheoretische und
115 antisemitische Tendenzen.
- 116 • Hochschulen haben eine historische Verantwortung und müssen sich einer konsequenten
117 Aufarbeitung und der Demokratisierung aller Lebensbereiche verpflichten.
- 118 • Wissenschaft ist eng verbunden mit Meinungsfreiheit und einer demokratischen
119 Diskussionskultur und damit von zentraler Bedeutung für die Demokratie weltweit.
- 120 • Die politische Entscheidungsfindung ist nur auf Grundlage wissenschaftsbasierter Aushandlungen
121 möglich. Eine freie und kritische Wissenschaft frei von Anfeindungen ist daher essentielle
122 Grundlage für eine demokratische Gesellschaft.
- 123 • Wir wollen weiterhin mit internationalen Partner*innen zusammenarbeiten, um
124 Wissenschaftsfeindlichkeit insbesondere auf internationaler Ebene zu bekämpfen.

- 125
126
127
- Wissenschaft bleibt international! Durch eine freie Zusammenarbeit sowie Mobilität der Forschenden können zwischenstaatliche Beziehungen auch in Zeiten von Krisen weiter aufrechterhalten und gestärkt werden.
- 128
129
- Hochschulen müssen durch die öffentliche Hand ausfinanziert werden, in einem Niveau , dass wahrhaft frei und unabhängige Forschung erlaubt.
- 130
131
- Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in allen geeigneten Gremien und Institutionen für die Wissenschaftsfreiheit einzusetzen.